Die „Westfälische Arbeiter-Zeitung" erscheint nur werktäglich. Redaktion und Expedition: Dortmund, Mallinckrodtstr. Nr. 214, Telephon 9211; Bochum, Koonstraße Nr. 84, Telephon 3791 Postscheckkonto: Dortmund Nr. 13359. Zeitungsliste 3. Nachtrag

Westfälische Arbeiter-Zeitung

Inserate. Grundpreis pro Millimeter 20,— Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Der Grundpreis ist zu multiplizieren mit der Teuerungszahl, z. Z. 350. Schluß der Inseratenannahme 12 Uhr mittags. Verbreitungsgebiet: Dortmund, Bochum, Hamm, Bielefeld, Münster

Organ der KPD für das Industriegebiet / Sektion der Kommunistischen Internationale / Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands

Nummer 49 — Dienstag, 27. Februar 1923 — 2. Jahrgang

Das Ruhr-Echo von der „friedlichen Ingenieurmission" verboten!

Der französische Imperialismus zeigt sein wahres Gesicht — Verhaftung kommunistischer Jugendgenossen durch die Franzosen

Das „Ruhr-Echo" ist von der französischen Besatzungsbehörde mit Wirkung vom 27. Februar bis 7. März verboten worden. Grund: Weil es angeblich Artikel veröffentlicht hat, welche die Würde der französischen Besatzungstruppen verletzten.

Das ist die Freiheit des französischen Imperialismus! Weil das „Ruhr-Echo" einen Hund auch dann Hund genannt hat, wenn dieser zufälligerweise ein französischer war, weil das „Ruhr-Echo" französische Schweinereien, die ihm verübt erschienen, angeprangert hat, wie es dasselbe zu tun pflegt, wenn es sich um deutsche handelt, darum wurde das „Ruhr-Echo" verboten.

Die französischen Machthaber beweisen damit nur, daß sie ebensowenig die ungeschminkte Wahrheit vertragen können, wie die Behörden der deutschen Bourgeoisie-Republik. Nirgendwo sind im „Ruhr-Echo" Bemerkungen oder Wendungen gedruckt worden, welche dazu geeignet waren, französische Soldaten zu verletzen, ihre Ehre anzutasten. Stets betont worden, daß die Kommunisten die französischen Soldaten als ihre Brüder betrachten, die nur als Werkzeuge der französischen Kapitalisten und Imperialisten für die verbrecherische Politik der Poincaré-Regierung mißbraucht werden. Sie heute genau so vom französischen Imperialismus mißbraucht werden, wie die deutschen Soldaten während des Krieges von den deutschen Imperialisten mißbraucht worden sind. Darum sagen wir immer wieder allen Arbeitern: kein Haß gegen den französischen Soldaten! Bekämpfet sie nach wie vor als die Sklaven des französischen militaristischen Imperialisten, als Unterdrückte, wie ihr selbst Unterdrückte seid! Laßt Euch nicht durch Einzelfälle, wo Soldaten sich zu verbrecherischen Handlungen hinreißen lassen, irreführen. Diese Ausnahmefälle sind eine bekannte Erscheinung aller Armeen, die letzten Endes mehr dem gottverfluchten System des Militarismus als den einzelnen Personen selbst zur Last fallen. Die große Mehrheit der französischen Soldaten steht nicht als Freiwillige hier an der Ruhr, sondern durch Befehle dazu gepreßt. Denkt immer daran, und Ihr werdet das richtige Verhältnis zu den französischen Soldaten finden!

Die skandalösen Vorgänge in Bochum bei der Handelsgesellschaft einige andere allzutollen und unverschämten Uebergriffe der „friedlichen Ingenieurmission" hatte das „Ruhr-Echo" mit kurzem entsprechendem Kommentar gebracht. Nicht veröffentlicht wurden jedoch die zahllosen Meldungen des amtlichen Wolffschen Telegraphenbüros über angebliche wirkliche Schandtaten der franko-belgischen Ingenieurmission von etwa 40 Mann. Zwei Gründe waren für diese Haltung maßgebend: Einmal wußten wir aus Erfahrung, daß das Wolffsche Büro, welches im Dienst der Cuno-Stinnesregierung steht, gewohnheitsmäßig lügt, fälscht und übertreibt. Zum andern aber sollte nicht die kommunistische Presse auch noch Wasser auf die Mühlen der nationalistischen Hetzer leiten, und so das klare Urteil der Arbeiterschaft trüben. Die kommunistische Presse des Ruhrgebiets wird an diesem Standpunkt auch in Zukunft festhalten, unbekümmert um Schmähungen der deutschnationalen Spießer und Stinneszeitungsschreiber. Sie wird sich auch nicht durch Verbotsdrohungen der französischen Machthaber davon abschrecken lassen, den französischen Imperialismus als das zu kennzeichnen, was er ist: Gefährliches, arbeiterfeindliches, kapitalistisches Räubertum. Mit dem unbestechlichen Sinn für Wahrheit, mit derselben Entschiedenheit, mit welcher die kommunistische Presse für Arbeiterinteressen gegenüber der herrschenden Klasse in Deutschland eintritt, wird sie die Interessen der Ruhrarbeiter gegenüber den französischen Imperialisten, Kapitalisten und Generälen verfechten.

Eine ganze Reihe von Meldungen über neue unerhörte Uebergriffe der Franzosen liegen wieder vor. Angefangen mit dem Holz der Essener Heilsarmee (ob die Heilsarmee auch zu Reparationsleistungen verpflichtet ist?) welches ihnen von ihnen beschlagnahmt wurde, bis auf die Aufrufe des Ausschusses der Betriebsräte an die Arbeiterschaft, worin sie meist Ausflüsse eines an Machtwahnsinn erkrankten Soldateskaregimes.

Wir summieren kurz die letzten Vorstöße gegen die kommunistische Bewegung. Die Verhaftung der Jugendgenossen in Düsseldorf, das Abreißen von Aufrufen des 23er-Ausschusses, das Verbot des Ruhr-Echos, und stellen fest, daß dieses Vorgehen sich würdig anreiht der Gewaltpolitik der Poincaré-Regierung in Frankreich, die unsere französischen Genossen in die Kerker wirft, weil diese doch allein den Mut haben, die Ruhraktion als das zu kennzeichnen, was sie ist: ein Verbrechen am Frieden der Völker Europas.

*

Am Samstag, nachmittags 6 Uhr, wurde in Düsseldorf der Bezirksleiter der Komm. Jugend Rhein.-Süd, der Genosse Richard Kirsten, von drei französischen Gendarmen aus seiner Wohnung heraus verhaftet. Den Grund der Verhaftung konnten wir nicht erfahren. Die französischen Gendarmen durchsuchten sein Zimmer, bevor Gen. K. kam, bis ins kleinste.

Ein paar Stunden vorher wurde der Jugendgenosse Mikoleit von Mitgliedern der KJ. auf der Straße gesehen, wo er gleichfalls von mehreren französischen Gendarmen abgeführt wurde.

Die Verhaftungen von Kommunisten durch die Franzosen mehren sich. Die arbeiterfreundliche Maske der französischen Imperialisten lüftet sich dabei immer mehr, und zugleich wird auch der infame Schwindelfeldzug bürgerlicher Blätter, welche die Kommunisten als geheime Verbündete des französischen Raubkapitalismus hinstellen wollen, in seiner ganzen Erbärmlichkeit enthüllt. Die französischen Machthaber fürchten, daß ihre Soldaten mit kommunistischen Ideen in Berührung kommen, und daß sie dann nicht mehr zu gebrauchen sind für die Zwecke des französischen Imperialismus. Durch die Verhaftung unserer Jugendgenossen liefert die französische Besatzungsbehörde allen Arbeitern den Beweis, daß die französischen Machthaber ebenso arbeiterfeindlich sind, wie die jetzige deutsche Regierung. Durch nichts können sie besser die letzten Illusionen in den Arbeiterköpfen zerstören. Noch mag es einige Proleten geben, die den Lockungen und Versprechungen französischer Agenten und Flugblätter Glauben schenken. Nur so weiter, und alle werden von diesem Glauben kuriert.

*

Essen, 26. Februar 1923.

Gestern wurden Plakate, welche den Aufruf des 23er-Ausschusses der Betriebsräte an die Arbeiterschaft enthielten, von französischen Soldaten, anscheinend im Auftrage ihres Vorgesetzten, von ihren Klebestellen entfernt.

Der Kampf gegen den Wucher

Berlin, 24. Febr. Der Präsident des preußischen Landespolizeiamtes erläßt, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, an die Polizeibehörden eine Verfügung zur Ueberwachung der Viehmärkte. Es heißt darin: Die Preise für Vieh erreichten trotz des Dollarsturzes zum Teil eine Höhe, die in keiner Weise gerechtfertigt ist. Das Vorgehen gegen die wilden Preistreibereien verspricht nur dann dauernden Erfolg, wenn es überall da, wo Vieh zum Verkauf angetrieben wird, gleichmäßig und energisch geübt wird. Die Ueberwachung der Viehmärkte ist dem Oberpräsidenten zu übertragen. Deshalb ist es erforderlich, daß die Polizeibehörden hierbei mit den Oberpräsidenten enge Fühlung halten und ferner im Zusammenarbeiten mit den Preisprüfungsstellen alle Viehmärkte oder sonstigen Orte, an denen Schlachtvieh gehandelt wird, ständig überwachen. Die von Markttag zu Markttag sprunghaften Steigerungen sind zu unterbinden. Durch Verhandlungen mit den Viehhändlern unter Hinzuziehung von Vertretern der Fleischer und Verbraucher ist auf Niedrighaltung der Preise hinzuwirken und allen übermäßigen Preisforderungen mit Beschlagnahme und Anzeige der betreffenden Händler und mit Entziehung der Handelserlaubnis rücksichtslos zu begegnen. Auch die Preisnotierungen sind zu kontrollieren.

Selbst der Justizminister

Berlin, 24. Febr. Zur Bekämpfung von Preistreibereien macht, wie der amtliche preußische Pressedienst meldet, der preußische Justizminister in einer allgemeinen Verfügung vom 21 Febr. darauf aufmerksam, daß in allen Fällen, in denen die Preisbemessung der Markbesserung nicht Rechnung trägt, der Verdacht der Preistreiberei gemäß § 1 der Preistreibereiverordnung vom 9. Mai 1918 vorliege. Wenn durch Abrede von Verbänden oder Vereinigungen dem Sinken der Preise entgegengewirkt wird, kommen strafbare Handlungen gemäß § 1 Nr. 6 der Preistreibereiverordnung in Frage. Die Strafverfolgungsbehörden werden angewiesen, in allen derartigen Fällen mit möglichster Beschleunigung und größtem Nachdruck einzugreifen.

Auch der Unterernährungsminister Luther ist mit dabei

Von der vom Lokalanzeiger gemeldeten Konferenz der Reichsernährungsminister aller Länder, die unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Luther zusammentrat, wurde eine Kommission eingesetzt, die einen sofortigen Druck auf die Fleischpreise durchführen wolle. Auf Grund der Kontrolle des Lebensmittelhandels solle die Versorgung mit Fleisch, Fett und Milch einigermaßen zu erträglichen Preisen gesichert werden.

Alle bemühen sich um die Bekämpfung des Wuchers. Ist das nicht rührend, deutscher Arbeiter, der du jeden Tag am eignen Leibe spürst, wie der Wucherer auf allen Gebieten dir Mark und Mut aussaugt? Das deutsche Proletariat kennt diesen behördlichen Schwindel nun schon seit Jahren und weiß, was es davon zu halten hat. Nichts, aber auch gar nichts wird dadurch geändert. Solange die Arbeiterschaft nicht selbst die Bekämpfung des Wuchers in die Hand nimmt und durch proletarische Kontrollausschüsse den Wucherern das Handwerk legt, bleibt alles hübsch beim alten.

Was muß geschehen?

Unser Bruderblatt, die „Freiheit" schreibt:

Das erbitterte Ringen der deutschen und französischen Kapitalsmächte miteinander nimmt immer schärfere Formen an. Die gegenseitige Zermürbungspolitik wird mit täglich wachsender Erbitterung geführt, die sich oberflächlich widerspiegelt in schärferen Gewaltakten auf der einen und provozierenden „Heldentaten" des nationalistischen Mobs auf der anderen Seite. Fast verdeckt von diesen äußeren Erscheinungen aber ist die viel wirkungsvollere systematische Zerstörung des Wirtschaftsapparates als Ergebnis des gegenseitigen Ringens. Aber gerade das ist es, was die gesamte Arbeiterklasse angeht, denn davon wird ihre ganze Existenz nicht nur in Mitleidenschaft gezogen, sondern direkt bedroht. Sie, die Werktätigen, tragen die Folgen dieser Zerstörung, die Opfer des Wirtschaftskrieges. Und es ist wahrhaft erstaunlich, mit welcher Geduld sie die Opfer dieses Wahnsinns kapitalistischer Zerstörungspolitik tragen: Der Verkehr liegt still, darum keine Lebensmittelzufuhr; ein Grund für das Wuchergesindel, die höchsten Wucherpreise einzuheimsen. Die Arbeiter zahlen sie. Sie zahlen auch die hohen Straßenbahnfahrpreise, um zu ihren Arbeitsstätten zu gelangen, so weit das überhaupt möglich ist. Viel verheerender aber sind die wirtschaftlichen Folgen des Zerstörungswerkes: Das ist das Erliegen der Produktionsstätten infolge des stillgenden Verkehrs und der Erdrosselung des Warenverkehrs infolge der Abschnürung des Ruhrgebietes durch die Franzosen. Die Arbeitslosigkeit droht in verheerendem Umfange über die Arbeiterschaft hereinzubrechen. Die Katastrophenpolitiker und ihre arbeitsgemeinschaftlichen Lakaien in der „nationalen Einheitsfront" aber machen sich wenig Sorge darum, was aus den Arbeitslosen wird. Sie werden zusammengehauen, wenn sie sich rühren und die Sicherung ihrer Existenz verlangen. Die Gewerkschaftsbürokraten überlassen die Arbeitslosen ihrem Schicksal. Hilflos sitzen sie in der Sackgasse, wagen selbst nicht zu handeln und betteln die Kapitalisten um „Verständigung" an.

Diese schwere Lage der Arbeiter versuchen jetzt die französischen Imperialisten für ihre Zwecke auszunützen. Sie suchen die Arbeitslosen zu kaufen, um mit ihrer Hilfe ihrem Ziele, das Ruhrgebiet als Kolonie für die französischen imperialistischen Räuber zu erobern, näher zu kommen. Unter allerlei Versprechungen werden Arbeiter zu werben versucht. Mit ihnen will man die Eisenbahn in Betrieb bekommen, um Kohle nach Frankreich transportieren zu können. Aber ihre Pläne gehen natürlich weiter! Bald wird man die Bergwerke und die anderen Betriebe auf diese Weise „erobern". So hat die jammervolle Rolle der Reformisten zur Folge, daß die Franzosen versuchen können, mit Hilfe der deutschen Arbeiter die Sachwerte für die französischen Kapitalisten zu erfassen. Der schärfste Widerstand der Arbeiterklasse muß sich diesen Versuchen entgegenstemmen. Glauben der Arbeiter, daß die Franzosen das tun, um sie von der Arbeitslosigkeit zu befreien, um ihnen ihre Existenz zu sichern? Die einfachste Ueberlegung muß ihnen sagen, daß die schönen Versprechungen, die man ihnen macht, bald abgelöst sein werden durch schlimmste Unterdrückung und Versklavung. Sobald sich die imperialistischen Räuber durchgesetzt haben, werden sie ein Sklavenregiment ausüben, das jede selbständige Regung der Arbeiter niederschlägt. Die französischen Imperialisten sind in das Ruhrgebiet eingedrungen, um sie als Kolonie auszuräubern, und die deutschen Kapitalisten werden sich an dem Raub beteiligen, sobald die „Verständigung" zustande gekommen ist. Dann wird unter dem Druck des französischen Militarismus die Auspressung der Arbeiter für die Rechnung der **verbündeten** Profitmacher betrieben und die furchtbarsten Formen annehmen; um so mehr, als gegen diesen Druck ein Widerstand viel schwerer ist, als gegen den heutigen deutschen Machtapparat.

Jeder Gedanke an Widerstand gegen die Vernichtung der Existenz der Arbeiter wird dann im Keime erstickt. Jeder Versuch eines proletarischen Kampfes um die elementarsten Lebensbedingungen wird mit derselben Brutalität niedergeschlagen werden, wie wir sie aus der Geschichte der Versklavung der Kolonialvölker kennen.

Die Erfassung der Sachwerte durch Poincare bedeutet die Erdrosselung der Revolution; bedeutet die Erstickung jeder Möglichkeit, das Joch der kapitalistischen Sklaverei und Erpressung abzuwerfen.

Die Arbeiterbewegung würde vegetieren und schließlich absterben. Unter dem zermalmenden Druck eines erobernden Militarismus versinkt die Arbeiterklasse auf die Stufe stumpfer, als Vieh vegetierender Heloten.

Das sind die Perspektiven des Sieges des französischen Imperialismus und seines militärischen Machtapparates im Ruhrgebiet.

Das ist auch die Sehnsucht der Stinnes und Konsorten, denn so retten sie sich vor der proletarischen Revolution.

Den Stinnes und Konsorten ist es einerlei, unter welcher politischen Hülle sie ihre Profite bekommen. Sie haben nicht umsonst schon lange die Besetzung herbeigewünscht. Ihr augenblicklicher nationalistischer Tamtam hat nur den Zweck, ihnen einen möglichst großen Anteil am gemeinsam aus den Arbeitern herausgeschundenen Profit zu sichern.

Dazu darf kein Arbeiter seine Hand bieten, und muß allen Lockungen mit dem Zuckerbrot widerstehen. Nicht um der „nationalen Ehre" der Stinnes und Konsorten und seiner kleinbürgerlichen Heerscharen willen.

Das ureigenste Klasseninteresse der Werktätigen gebietet das! Darum auch nicht nationaler Kampf, sondern **Klassenkampf!** Kampf gegen **Poincare**, und gleichzeitig Kampf gegen **Stinnes!**

Wir haben schon genügend betont, daß die Schuld an der Besetzung die kapitalistische Erfüllungspolitik der verflossenen Koalitionsregierung und die besondere Politik der jetzigen Cuno-Regierung trägt, die bewußt die Katastrophe herbeigeführt, und dem französischen Imperialismus direkt in die Hände gespielt hat, der seinerseits mit konstanter Beharrlichkeit auf die Besetzung hingearbeitet hat, um das Ruhrgebiet uneingeschränkt als Ausbeutungssphäre in die Hand zu bekommen.

Daraus ergibt sich ganz klar und eindeutig die Stellungnahme der Arbeiter:

Rücksichtsloser Kampf gegen den französischen Imperialismus und die Besetzung! Keine Konzessionen, die die Be-

perialistischen Räuberpläne fördern können! Also auch keine Arbeitsleistung für den französischen Imperialismus. Aber auch ebenso rücksichtsloser Kampf gegen den deutschen Kapitalismus und seine Regierung, die das Unheil heraufbeschworen haben und deren sogenannte passive Resistenz die Pläne der französischen Imperialisten nur fördert.

Was muß also als eigene Klassenpolitik geschehen? Als unmittelbare Maßnahme ist nötig, daß die gesamte Arbeiterschaft Arbeiterentlassungen verhindert. Für die Arbeitslosen muß durch gemeinsames Handeln der noch Arbeitenden mit jenen, die Bezahlung des vollen Lohnes erzwungen werden.

Aber selbstverständlich ist das nur eine ungenügende, eine nur vorübergehende Lösung.

Die Arbeiterschaft muß darüber hinaus sofort alle ihre Kräfte einsetzen für die Fortführung der Wirtschaft überhaupt. Sie muß die Kohlenversorgung der Betriebe durchsetzen, und wenn nicht anders, selbst durchführen. Sie muß die Sicherstellung der Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Kohlen und Lebensmitteln durchführen.

Sie muß die Beförderung auswärts wohnender Arbeiter durch die Eisenbahn erzwingen.

Das ist nur das Wichtigste, was hier genannt sein mag und was geschehen kann.

Das alles muß und kann nur geschehen unter der Kontrolle der Betriebsräte und der Gewerkschaften. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen aus ihrer Passivität herausgehen und ihre Gewerkschaftsführer vorwärts treiben. Wo bleibt der Eisenbahnerverband? Um nur diesen zu nennen. — Er verhält sich völlig passiv und erschöpft sich in nationalistischem Protestrummel im Interesse der Stinnes und Konsorten. Unterdessen aber haben die Katastrophenspieler schon wieder einen neuen Weg ersonnen, der vielleicht noch zu weiterer Desorganisierung führen soll. Ein Teil der nicht arbeitenden Eisenbahner ist jetzt in den Betrieb der Straßenbahn eingestellt. Soll das eine neue Provozierung von „Sanktionen" sein. Etwa in der Stillegung der Straßenbahn?

Neben dieser unmittelbaren aktiven Selbsthilfe der Werktätigen muß aber einhergehen die Aktion, die den Widerstand der Besatzung dagegen bricht und sie schließlich zum Abzug zwingt. Mit verschärfter Wucht muß das Proletariat den Kampf gegen die Cuno-Regierung führen mit dem Zweck, sie zu beseitigen und einer Arbeiter-Regierung Platz zu machen. Die Arbeiter-Regierung wird den Kapitalisten, den Steuerbetrügern und Milliardenschluckern, die Sach- und Goldwerte konfiszieren, daraus eine ausreichende Ernährung der Werktätigen sichern und im übrigen aus diesen Leistungen Reparationen erfüllen, solange die Arbeiterklasse nicht stark genug ist, den Versailler Vertrag zu beseitigen. So kann die Arbeiter-Regierung Herrn Poincare die Argumente für die Ruhrbesetzung aus der Hand schlagen. Die Internationale, besonders die französische und englische Arbeiterklasse bekäme damit einen starken Impuls und Rückhalt in ihrem Kampf gegen die Räuberpläne der Imperialisten; denen auch ein Poincare weichen müßte.

Nur so kann die Arbeiterklasse aus der Sackgasse, in der sie zu ersticken droht, herauskommen, wenn sie in der aufgezeigten Weise handelt. Die Voraussetzung ist die schleunige Ueberwindung der Passivität und die Beseitigung der Zersplitterung der proletarischen Kräfte. Höchste Aktivität zur Konzentrierung und Mobilisierung aller Werktätigen. Verharren die „Spitzen" auch weiterhin in ihrer hilflosen Erbärmlichkeit. — mögen sie es tun, die Arbeiterschaft muß darum dennoch handeln und hat dazu auch die führenden und ausführenden Organe in ihren Betriebsräten und Betriebsräte- und Kontrollausschüssen! Wir stehen am Abgrund! Der Absturz bedeutet grausame Vernichtung zahlloser proletarischer Existenz. Darum also kein Betrieb, der nicht sofort zu der äußerst gefährlichen Lage Stellung nimmt und die erforderlichen Maßnahmen durchführt. Aus dieser Lage heraus ergibt sich aber auch die große Bedeutung des rheinisch-westfälischen Betriebrätekongresses am 4. März. Daß er unter solchen Umständen aufs sorgfältigste in den Betrieben vorbereitet werden muß, dürfte darum wohl heute jedem Arbeiter einleuchten. Denn seine Aufgabe soll es sein, die Schritte der gesamten Arbeiterschaft in der aufgezeigten Richtung für die weitere Folge zu beraten und festzulegen.

Schon jetzt aber muß gehandelt werden!

Republik so siehst du aus

Wir greifen wieder einmal nur ein paar Meldungen vom Tage heraus, um die Fratze der Republik zu zeigen.

Trotz der belastenden Dokumente wird der Ruhr-General von Watter von dem Vorwurf, ein Kappist zu sein, gerichtlich freigesprochen und der sozialdemokratische Redakteur, der ihn so genannt hatte, zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

In Bayern verbrüdert sich die Regierung mit den „Stahlhelm"- und Jungdo-Leuten, die für ihre konterrevolutionären Zwecke volle Freiheit genießen! nationalistische Versammlungen sind erlaubt, kommunistische Versammlungen werden verboten und über den Genossen Eberlein ein Redeverbot verhängt. Die Kommunisten Bayerns befinden sich unter dem Ausnahmezustand.

Auch in Württemberg schreit man gegen die Kommunisten nach dem Staatsanwalt und verbietet unser Stuttgarter Parteiblatt zunächst durch Beschlagnahme, wie auch unsere Bayrische Parteipresse verboten ist. Die Keil-Regierung schützt den General Seeckt, wie die Knilling-Regierung sich schützend vor Hitler und seine Leute stellt.

Während sich aus allen Teilen Deutschlands die Meldungen über die Rüstungen der Faszisten häufen, und auch die bürgerliche Presse die Verbindung gegenrevolutionärer Selbstschutzorganisationen mit Kommandostellen der Reichswehr zugibt, werden weitere Anschläge gegen die Kommunisten vorbereitet. In Stuttgart wurden Arbeiter, die anläßlich der Rathenaudemonstration die Freilassung verhafteter Klassengenossen gefordert hatten, zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Zu gleicher Zeit wurde unser Redakteur der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" wiederum zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt, weil er den Staatsgerichtshof beleidigt haben soll. Der Staatsgerichtshof arbeitet bekanntlich nur zum Schutze der Republik und hebt deshalb alle Verbote antirepublikanischer und monarchistischer Verbände auf.

Von der Berliner Strafkammer wird eine Krankenschwester, die als Anhängerin Knüppel-Kunzes ihr christliches Gemüt bei einem Auflauf am Kurfürstendamm dadurch bekundet hat, daß sie die Umstehenden aufforderte: „Schlagt die Juden tot, sie müssen alle ausgerottet werden!" ganze 3 000 Mark Geldstrafe erhielt. Von derselben Strafkammer erhielt gleich darauf eine Frau, die während der Kundgebung der Berliner Faszisten einem Hakenkreuzler einen Gummiknüppel aus der Tasche gezogen hatte, und dabei angeblich „aufhetzerische Reden" geführt haben soll, wegen „Landfriedensbruches drei Monate Gefängnis. Gegen den Gummiknüppelhelden wurde gar keine Anklage erst erhoben. Wir haben aber durchaus keine Klassenjustiz!

Man wird uns aber nicht verwehren können, den General Watter als das Symbol dieser republikanischen Justiz und dieser Ebert-Republik mit Eichenlaub und Schwertern anzuprangern.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte zur internationalen Konferenz

An den 23er Ausschuß der rhein.-westf. Betriebsräte!

Kollegen!

Euer Aufruf zu einer internationalen Konferenz aller proletarischen Organisationen ist eine große Tat. Der Vorstoß des französischen Imperialismus bedroht Europa mit einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe, bei der der Leidtragende das Proletariat sein wird. Insbesondere ist die Existenz des deutschen und französischen Proletariats bedroht, wenn das Proletariat nicht bald in geschlossener Front zur Abwehr der Gefahr aufmarschiert.

Die deutsche Arbeiterschaft erfüllt der Gedanke an die Taten der französischen Brüder, ihr opfervoller Kampf gegen das Regime Poincares, der zur Verhaftung der revolutionären Arbeiterführer führte, mit neuem Kampfesmut, zeigen sie doch, daß die internationale Solidarität kein leeres Phantom ist.

Während in Deutschland und Frankreich wieder wie 1914 der nationalistische Pöbel die Straße beherrscht und nach Krieg schreit, während sich in Italien der faszistische Terror anschickt, die ganze Arbeiterbewegung zu zertrümmern, begrüßen wir begeistert Euren Versuch, eine internationale proletarische Kampffront gegen Kriegsgefahr und Reaktion herzustellen. Die deutsche Arbeiterschaft kann stolz darauf sein, daß dieser Versuch von den Betriebsräten des besetzten Rheinland-Westfalens ausgeht, wo die Kapitalisten besonders starke Anstrengungen machen, die Arbeiterschaft nationalistisch zu verhetzen. Euer Aufruf zeigt, daß die große Masse des rheinisch-westfälischen Proletariats fest auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und wir erwarten, von allen eingeladenen proletarischen Organisationen, insbesondere auch von den sozialdemokratischen, daß sie sich der Pflicht internationaler proletarischer Solidarität bewußt sind und bei der Herstellung einer internationalen Einheitsfront mitwirken.

Die von Euch aufgestellten Kampflosungen: Kampf gegen jeden nationalistischen Krieg, Kampf gegen die Ruhrbesetzung, Sturz der Regierung Cuno und Aufrichtung einer Arbeiterregierung, Kampf gegen den Faszismus, Kampf gegen Steuerabzug und Hungerlöhne und die weiteren Forderungen, machen wir uns vollkommen zu eigen und versichern Euch, alles zu tun, was in unserer Kraft liegt, zur Mobilisierung des deutschen und des internationalen Proletariats für den Kampf um diese Ziele.

Wir werden an der geplanten internationalen Konferenz durch eine Delegation teilnehmen und hoffen, daß die Konferenz mithilft, die Massen des internationalen Proletariats in den Kampf gegen den die Welt zerstörenden Kapitalismus zu führen.

Es lebe der Kampf gegen den deutschen Kapitalismus und die französischen Bajonette!

Es lebe der Kampf gegen die internationale faszistische Reaktion!

Es lebe die internationale Kampffront des Proletariats!

Berlin, den 23. Februar 1923.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.
I. A.: H. Grothe.

Ein Dreibund Mussolini-Poincare-Stinnes

Genosse Rosmer schreibt in „L'Humanite": Seit der Pariser Konferenz wird immer wieder auf einen Plan Mussolinis zum Wiederaufbau Europas hingewiesen. Frankreich, Italien und Deutschland sollen einen neuen Kontinentalblock bilden, der sich gegen England richten würde. Der Plan ist jedemals, wenn man ihn in der Oeffentlichkeit bestimmt wiedergab, von seinem Urheber dementiert worden. Aber wir wissen aus sicherer Quelle, daß eine Kombination dieser Art tatsächlich seit mehreren Monaten diskutiert wird. Vor acht Monaten hat eine Konferenz zwischen einem Vertreter Poincares, einem Vertreter Mussolinis, der damals noch nicht offiziell die Staatsmacht hatte, und Stinnes stattgefunden. Stinnes war bereit, Frankreich Garantien für seine Sicherheit durch eine Umänderung im Aufbau des Deutschen Reiches zu geben. Zur gleichen Zeit forderte er für sich das Recht, seine Hand auf das Donezgebiet zu legen. Eine derartige Union der drei großen Kontinentalmächte würde sich in gleicher Weise gegen England u. gegen Sowjetrußland richten. Die Diskussion, die damals stattfanden, hatten noch kein unmittelbares Ergebnis. Es war noch eine gewisse Zeit notwendig, damit Frankreich den letzten Rest der Entente beseitigen konnte. Aber der Plan wurde darum doch nicht aufgegeben."

Genosse Rosmer weist ferner darauf hin, daß der „Matin", das bekannte französische Kapitalistenblatt, erst in den letzten Tagen wieder die Bildung eines antienglischen Kontinentalblocks empfohlen hat. Das Blatt sprach zwar zunächst nur von der Verbindung zwischen Frankreich, Belgien und Italien; aber notwendigerweise gehört auch die deutsche Schwerindustrie in eine solche Kombination hinein. Die gegenwärtige Situation kann so nicht weitergehen; sie ist für Frankreich genau so ruinierend wie für Deutschland. Charakteristisch sind die Ziffern des französischen Außenhandels im letzten Januar. Verglichen mit dem Dezember 1922 ist Frankreichs Einfuhr um 800 Millionen Franks und seine Ausfuhr um mehr als 1 Milliarde Franks zurückgegangen. Die französische Bourgeoisie braucht einen Ausweg aus dieser unmöglichen Situation; sie wird ihn finden durch Verständigung mit Stinnes.

Den Bemerkungen des Genossen Rosmer kann man noch hinzufügen, daß der nationale Einheitsfrontrummel in Deutschland nur den Zweck verfolgt, Herrn Stinnes für die kommenden Verhandlungen mit Frankreich stark zu machen.

Der französische Erpresser und der hilflose Engländer

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schildert in folgender, höchst bemerkenswerter Weise die diplomatische Situation „Unser Streit mit Frankreich wegen des von uns besetzten Gebietes mit der Hauptstadt Köln ist noch lange nicht vorüber. Frankreich forderte einen kleinen Winkel des britischen besetzten Gebietes, wo auf kurze Strecke eine Eisenbahnlinie durchgeht (Die Bahn über Düren. Red.), um die Transportmöglichkeiten von und nach dem Ruhrgebiet zu erleichtern. Das ist den Franzosen bewilligt worden. Nun fordern sie aber den unbeschränkten Gebrauch aller Eisenbahnlinien, die durch das britische besetzte Gebiet gehen. Dies ist abgelehnt worden. Wir sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung in unserem Bezirk verantwortlich und sind darin sehr erfolgreich gewesen. Das Ergebnis war, daß die Bevölkerung politisch ruhig blieb und so zufrieden ist wie in keinem anderen besetzten Gebiet. Wenn aber die Franzosen den uneingeschränkten Gebrauch der Bahnen erhalten, so haben sie damit die uneingeschränkte Möglichkeit, Verstärkungen und Zufuhren für eine bereits recht starke Armee zu transportieren. Wenn man nach dem urteilen kann, was anderswo geschehen ist, würde dies Streik und Sabotage bedeuten. Wir können den Franzosen aber nicht gestatten, derartige Handlungen zu bestrafen, solange wir für dieses Gebiet verantwortlich sind Die englische Regierung ist freilich bereit, einen eingeschränkten Gebrauch der Eisenbahnen unter unserer Aufsicht und Kontrolle zu gestatten, mit geringer Vermehrung der Verkehrsmöglichkeit, die den Franzosen schon vor der Besetzung des Ruhrgebiets zustand. Dies würde wahrscheinlich dazu führen, daß eine gewisse Zahl von Zügen zu gewissen Zeiten für französische Militärtransporte zur Verfügung stehen."

Man sieht hieraus, daß die englische Regierung Schritt für Schritt vor den Franzosen zurückweicht. Nachdem die Bahn über Düren bereits in französische Hand gekommen ist, sind die Engländer im besten Zuge, nun auch französische Militär- und Kohlentransporte auf den Kölner Bahnlinien zu gestatten. Der „Manchester Guardian" hebt im Anschluß daran hervor, daß die Deutschen den Abzug der Engländer aus Köln nicht wünschen, denn Frankreichs Hauptziel sei die Loslösung des Rheinlandes von Deutschland. Solange aber die Engländer in Köln, der Hauptstadt der Rheinprovinz stehen, könnten die Franzosen diesen Plan nicht verwirklichen. Die englische Bourgeoisie hofft, aus dieser Zwickmühle durch eine Vermittlungsaktion des Völkerbundes herauskommen, wie sich auch schon in der letzten Unterhausdebatte deutlich zeigte. Man glaubt in England, daß Frankreich wie Deutschland zurzeit einen Ausweg aus der gegenwärtigen Kalamität suchen. Aber beide Regierungen wissen nicht recht, wie sie in der Oeffentlichkeit einen teilweisen Rückzug motivieren sollen. In dieser Verlegenheit soll der Völkerbund eingreifen und für Cuno so gut wie für Poincare einen ehrenvollen Ausweg schaffen. Es ist bezeichnend, daß die Politik der internationalen Sozialdemokratie und der Amsterdamer seit Besetzung des Ruhrgebietes genau dasselbe Ziel hat: man will den Verständigungsfrieden zwischen dem deutschen und französischen Großkapital auf Kosten der Arbeiterschaft zustandebringen.

Ein Brief Bucharins und Sinowjews an den französischen Untersuchungsrichter Jausseli

Die Moskauer „Isvestia" vom 16. Februar veröffentlicht folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr!

Die Beschuldigung, die gegen unsere internationalen Kampfgenossen Cachin, Monmousseau, Treint und andere gerichtet ist, fußt hauptsächlich auf einer Rede Bucharins. Infolgedessen ersuchen die Unterzeichneten, sie als Zeugen vor das Gericht zu laden. Die Justiz der französischen Republik versteht vorzüglich, daß es sich um eine politische Beschuldigung handelt, die mit Ereignissen von größter internationaler Bedeutung zusammenhängen. Es bietet sich also die Gelegenheit, die demokratische Rolle der französischen Republik und die Stellung der Kommunistischen Internationale zu beleuchten; andererseits aber auch den Sinn der Rede Bucharins sowie die Richtigkeit der amtlichen Beschuldigungen in der Presse der französischen Bourgeoisie auch vor Gericht zu prüfen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Justiz des demokratischen Frankreich, die durch ihre Unparteilichkeit durch ihre Liebe zur objektiven Wahrheit bekannt ist, unsere Wünsche erfüllen wird. Einer von uns ist derjenige, der die inkriminierte Rede gehalten hat, der andere ist Vorsitzender der Kommunistischen Internationale um des 4. Kongresses auf dem die Rede gehalten worden ist.

N. Bucharin. G. Sinowjew.

Die „nationalen" deutschen Kapitalisten

Die Statistischen Mitteilungen über das Land Baden stellen fest: „In welch zunehmendem Umfang sich das Ausland für Industrie und Handel in Baden interessiert, zeigt die Tatsache, daß es sich in den drei Jahren 1919 bis 21 insgesamt an 15 Gründungen badischer Aktiengesellschaften, im Jahre 1922 dagegen, also in einem einzigen Jahr, an 16 Gründungen, die ein Gesamtkapital von rund 121 Millionen Mark darstellten, beteiligt hat. In 3 Fällen hatten die Ausländer ihren Wohnsitz in der Schweiz, in acht Fällen in Elsaß-Lothringen; in drei Fällen in Holland; je zwei Fällen in Italien und in der Tschechoslowakei; in je ein Fall in Frankreich und Amerika."

Dieses amtliche Organ macht schamhaft den Unterschied zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich. Wenn man diese lächerliche Unterscheidung aufgibt, muß man feststellen, daß in den letzten Jahren in Baden nicht weniger als 9 neue Aktiengesellschaften unter Beteiligung französischen Kapitals gegründet wurden. Es lebe die nationale Einheitsfront!

Kapitalistische Fäulniserscheinungen

Große Durchstechereien wurden auf dem Zollamt in Mo[illegible] entdeckt. Durch Bestechung von Beamten des Zollpackamtes [illegible] von Speditionsfirmen hatten zwei aus Galizien nach Berlin [illegible]kommene Kaufleute Waren von hohem Wert ins Ausland [illegible]schoben. Der dem Staat erwachsene Schaden soll sich auf mehr [illegible] Milliarden belaufen. Bisher sind 14 Personen verhaftet wor[illegible]

Dollar, Materialpreise und Löhne

Der Dollar ist von 50 000 bis auf 20 000 gesunken. Die Preise aber sind durch 3 Wochen täglich gestiegen. Jetzt fallen sie so gut wie gar nicht. So kommt es, daß die Preise über den Vorkriegsstand, am Dollarkurs gemessen, gestiegen sind und zum Teil sogar das Weltmarktniveau überschritten haben. Während die Preise einem Dollarstand von 45 000 oder mehr entsprechen, sind die Löhne weit zurückgeblieben. Nur etwa höchstens ein Siebtel des Vorkriegslohns machen die heutigen Löhne aus. Als unverdächtigen Zeugen wollen wir folgende vertrauliche Aufstellung des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie anführen:

Nachrichtenstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie, EV., Berlin W. 10.

Streng vertraulich!

Nur für die Mitglieder des Eng[illegible] bzw. Engeren Ausschusses.

Teuerungsfaktoren der Hauptgruppen gegen 1914.
(Auszug aus der Materialpreisliste)

Stichtag 13. 2. 23.	Papier		Gold
	Teuerungsfaktor in Papier-M.	Proz. Aenderg. gegen 8. 2.	Teuerungsfaktor in Gold-M.
Dollar 27 631 Gold	6580	— 26	0
Kohle ab 9. Febr. 1923	10965	80	1,66
Walzeisen (Stabeisen	11240	2	1,71
Grauguß	13350	20	2,03
Dynamobleche	15 810	13	2,4
Kupfer	7500	— 26	1,14
Niedersp.-Porzellan	8100	0	1,23
Löhne gelernt	1100	0	0,17
Löhne ungelernt	1450	0	0,22
Großhandels-Index (J.- u. H.-B.)	7575	10	1,15
	Teuerungsfaktor in Papier-M.	Letzte Fests. 8. 2. brachte Erhöh. um Proz.	Teuerungsfaktor in Gold-M.
Masch. 20—100 KW.	10200	— 6	1,55
Hochsp.-Apparate	10200	— 6	1,55
Meßinstrumente	7500	0	1,14
Zähler	9000	0	1,37
Install.-Mater.	9000	0	1,37
Telegr. Telephonie	8400	— 7	1,28

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß alle Materialpreise über den Vorkriegsstand (Dynamobleche sind sogar auf das [illegible]fache) gestiegen sind, während die Löhne nur ein Fünftel des Vorkriegslohnes ausmachen. Trotzdem verlangen die Unternehmer einen Lohnabbau und verweisen auf den 60prozentigen Rückgang des Dollars. Ihre eigenen Aufstellungen aber zeigen auf das Deutlichste, daß die Preise trotz Markbesserung noch hoch geblieben sind, die Löhne aber einem Dollarstand von [illegible] bis 5000 entsprechen. Nicht Lohnabbau, sondern Erhöhung der Löhne ist daher unbedingt notwendig.

Die neue Goldanleihe des Reiches wird von den bürgerlichen Zeitungen als für den Beginn der Einführung der Festmark gezeichnet. Die Unternehmer werden nun ihre Preise in der „Festmark" berechnen, den Arbeitern aber weiter elende Papierlöhne bezahlen wollen. Die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft muß eine Herabsetzung und eine Erhöhung der Löhne erzwingen.

Der [illegible]

Die grundsätzliche [illegible]
frage[illegible]

Der kapitalistische [illegible]
der proletarischen Ma[illegible]
Partei, die wirklich d[illegible]
tritt, haben daher die [illegible]
rung der proletarisch[illegible]
Kampf die Massen u[illegible]
Finanzpolitik, die von [illegible]
nahm wird, und die [illegible]
stern aufzubürden, [illegible]
gung des Besitzes [illegible]
rung, Sozialisierung.

Wir werden uns [illegible]
diese Forderungen sch[illegible]
auf ganz konkrete [illegible]
Richtschnur des ko[illegible]
wissen wir die besitzen[illegible]

Diesen Kampf führ[illegible]
und etwas Wesentli[illegible]
können. So etwas ist [illegible]
dem wir alle Weg[illegible]
Gemeindemitglieder [illegible]
an den Schranker[illegible]
und warum sie so[illegible]

4. Dürfen Kommu[illegible]

Wir sind uns doch [illegible]
der größeren Gemeind[illegible]
so wie es der U[illegible]
schönen Stadt Schmalk[illegible]
würde nun geschehen[illegible]
der in Schnett oder [illegible]
Gemeindefraktion [illegible]
ganz richtig sagen könn[illegible]
einfach unmöglich [illegible]
Proleten aufgebür[illegible]
russische Zwangsm[illegible]
ren würde, wie sie [illegible]
dem Proletariat [illegible]
gen Erfolg den, daß [illegible]
der Oeffentlichkeit blam[illegible]
Klassengenossen [illegible]
Gemeinden, wo wir [illegible]
herum, irgendwo [illegible]
das nun nicht fur[illegible]
Genau solcher P[illegible]
ten, in diesem ve[illegible]
aber leben wir [illegible]
Revolution mach[illegible]
lution zu machen.
erobern können u[illegible]
rung der politischen[illegible]
wie aber willst du [illegible]
ern machst, wie die [illegible]
nossen. Kommunisten [illegible]
okraten. Die Sozia[illegible]
enden Gesetzen und[illegible]
" treiben und den [illegible]
munisten entgegnen[illegible]
", denn ihr seht gar[illegible]
schaftlichen und politische[illegible]
weggiebt".

Wir Kommunisten dü[illegible]
besteuergesetze binden[illegible]
hinauszukommen, [illegible]
dem Proletariat ersp[illegible]
wissen wir vorher.
wieder diesen Weg[illegible]
wie jeder Versuch[illegible]
Schranken des bürger[illegible]
ihnen so vor Au[illegible]
es an ihren Geldbe[illegible]
um ihre Profite z[illegible]
er als eine Volksver[illegible]
rungsunterricht, de[illegible]
gewiß durchfeuch[illegible]
ihr keine wirklichen
Freilich nicht, ab[illegible]
scher Erfahrung, war[illegible]
die Kommunisten,
staat schuld ist.
n Beispiel: Wir m[illegible]
ung einer Sozialabg[illegible]
n muß, zwecks Be[illegible]
Soundsovielen P[illegible]
Wöchnerinnen- u[illegible]
und ihren Armen

Till Ulenspiegel

Legende von [illegible]

ruhmreichen Abenteuer[illegible]
Von Ch[illegible]

folget mir. Hier sind[illegible]
euge und Kupferdrah[illegible]
n. Sie wurden mir[illegible]
ist für dich, Ulenspie[illegible]
ein kleiner Backofen u[illegible]
und Oel geben, u[illegible]

r wird sie auffassen"[illegible]
Bann werden wir die [illegible]
asteele antwortete:
hr werdet mir eine [illegible]
große Arbeit nicht [illegible]
ch habe Hunger", spra[illegible]
Brot und Käse ist da",
hne Butter"? fragte [illegible]
hne Butter", sagte W[illegible]
ast du Bier oder We[illegible]
as trinke ich nimmer"
ach dem „Pelikan" ge[illegible]
het."

a", sprach Lamm, „um[illegible]
ch werde tun, was ih[illegible]
gar verächtlich an.
brachte jedoch dobbe[illegible]
Lamm aß wohlgemut f[illegible]
d er sagte:
Dann werden wir uns [illegible]
diese Nacht", sagte Wa[illegible]
habe keine Furcht vor [illegible]
u."

Das ist gut", sagte La[illegible]
r Nacht, als es Feierab[illegible]
en waren, stieg Wasse[illegible]
hinab und ließ sich [illegible]
n in die Schmiede hinc[illegible]
ier sind zwanzig Büchs[illegible]
leisen und Blei für fün[illegible]
mir dabei helfen."

Der Kommunist in der Gemeinde

Die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zu den Finanzfragen im kapitalistischen Staat.

Der kapitalistische Staat erhält sich von der Ausplünderung der proletarischen Massen. Die Kommunisten, als die einzige Partei, die wirklich die Interessen der proletarischen Klasse vertritt, haben daher die Pflicht, alles zu tun, um diese Ausplünderung der proletarischen Massen zu bekämpfen und um für diesen Kampf die Massen um sich zu sammeln. Der kapitalistischen Finanzpolitik, die von der Sozialdemokratie seit Jahren mitgemacht wird, und die darauf hinausläuft, dem Proletariat alle Steuern aufzubürden, stellen wir die Forderung gegenüber: Erfassung des Besitzes und der großen Einkommen, Kommunalisierung, Sozialisierung.

Wir werden uns allerdings nicht damit begnügen können, diese Forderungen schlagwortartig aufzustellen, sondern werden sie auf ganz konkrete Beispiele stützen müssen. Dabei wird stets als Richtschnur des kommunistischen Handelns sein müssen: **Wie treffen wir die besitzende Klasse, wie schützen wir die Proletarier?**

Diesen Kampf führen wir ohne eitle Hoffnungen, daß wir irgend etwas Wesentliches für die proletarische Klasse erreichen können. So etwas ist im kapitalistischen Staat unmöglich. Aber indem wir alle Wege beschritten haben, werden wir offen vor den Gemeindemitglieder treten und ihnen darlegen, daß alle Versuche an den Schranken des bürgerlichen Klassenstaates gescheitert sind, und warum sie scheitern mußten.

4. Dürfen Kommunisten überhaupt Steuern bewilligen?

Wir sind uns doch darüber klar, daß wir in einer kleinen oder größeren Gemeinde die Weltrevolution nicht ausrufen können, so wie es der USPD.-Sekretär beim Kapp-Putsch in der hiesigen Stadt Schmalkaden in Form einer Bekanntmachung tat. Was würde nun geschehen, wenn wir in Ruhla oder in Tambach oder in Schnett oder irgendeiner anderen Gemeinde durch unsere Gemeindefraktion alle Steuern ablehnen ließen, weil wir ganz richtig sagen können, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft einfach unmöglich ist, Steuerquellen zu erschließen, die nicht an den Proleten aufgebürdet werden? Dann würde einfach eine kommissarische Zwangsverwaltung eingesetzt werden, die Steuern ausschreiben würde, wie sie noch viel unsozialer, noch viel drückender auf dem Proletariat lasten würden. Und wir hätten als einzigen Erfolg den, daß wir die Genossen in jener Gemeinde vor der Oeffentlichkeit blamieren und sie selbst bei ihren proletarischen Klassengenossen lächerlich machen würden. Das heißt: in Gemeinden, wo wir die Mehrheit haben, kommen wir nicht herum, irgendwie Steuern zu machen.

Ist das nun nicht furchtbarer Reformismus? sagen manche Genossen. Genau solcher Reformismus, wie wenn wir es überhaupt unterlassen, in diesem verfluchten kapitalistischen Staate zu leben. Müssen aber leben wir trotzdem? Weil wir leben müssen, wenn wir die Revolution machen wollen; denn mit Leichnamen ist keine Revolution zu machen. Wir machen Steuern, damit wir die Massen erobern können und dann keine mehr brauchen. Denn zur Eroberung der politischen Macht brauchen wir die Massen.

Wie aber willst du die Massen gewinnen, wenn du selber keine machst, wie die Sozialdemokraten? sagen nun wieder die Genossen. Kommunisten machen eben keine Steuern wie die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten sagen: Wir müssen uns den bestehenden Gesetzen und Verfassungen fügen; wir müssen „Realpolitik" treiben und den „Boden unter den Füßen" behalten. Wir Kommunisten entgegnen darauf: Ihr treibt ja gar keine „Realpolitik", denn ihr seht gar nicht, wie euch die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse den „Boden unter den Füßen wegzieht".

Wir Kommunisten dürfen uns deshalb nicht an Reichs- und Landessteuergesetze binden lassen sondern müssen versuchen, darüber hinauszukommen, den Besitzenden die Steuern aufzuhalsen und dem Proletariat ersparen. „Das wird nicht erlaubt werden." Das wissen wir vorher. Aber trotzdem werden wir die Massen nur wieder diesen Weg führen. Wir werden ihnen so praktisch wie jeder Versuch, die kapitalistische Klasse zu treffen, an den Schranken des bürgerlichen Klassenstaates scheitern muß. Wir werden ihnen so vor Augen führen, wie die Kapitalisten zetern, wenn es an ihren Geldbeutel geht, wie sie alle Hebel in Bewegung setzen, um ihre Profite zu schützen. Das wirkt besser und nachhaltiger als eine Volksversammlung. Das ist praktischer politischer Aufklärungsunterricht, der gerade den Köpfen unserer deutschen sozialdemokratisch durchseuchten Arbeiter nottut! „Aber damit erhalten sie ihr keine wirklichen Einnahmequellen", sagen wieder die Genossen. Freilich nicht, aber danach wissen unsere Proletarier aus täglicher Erfahrung, warum es nicht anders geht, und daß daran nicht die Kommunisten, sondern dieser verfluchte bürgerliche Klassenstaat schuld ist.

Ein Beispiel: Wir machen selbst einen Gesetzentwurf über die Einführung einer Sozialabgabe, die von den Unternehmern gezahlt werden muß, zwecks Beschaffung von Mitteln für Wohlfahrtszwecke. Soundsovielen Personen muß geholfen werden. Wir müssen Wöchnerinnen- und Säuglingswäsche beschaffen, müssen Speisen und jenen Armen Nahrungsmittel zur Verfügung stellen, müssen soundsoviel tuberkulöse und skrophulöse Kinder in Heilstätten senden usw. Dazu die Sozialabgabe. Sie wird abgelehnt. Aber tausend Arme und Kranke wissen, warum ihnen nicht geholfen werden kann und wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind. Und sehnen mit uns den Tag herbei, wo wir die Schranken des Klassenstaates niederreißen können.

5. Einzelne kommunale Steuern.

1. **Die Grundsteuer.** Sie ist eine höchst unsoziale Steuer und wirkt, wie schon Lassalle ausgesprochen hat, wie eine indirekte Steuer, die doch auf den Konsumenten abgewälzt wird. Der Hausbesitzer wälzt sie auf die Mieter, der Industrielle auf die Ware, der Bauer auf die Lebensmittel ab. Sie ist jetzt neben der Gewerbesteuer für die Gemeinden die einzige lohnende Einnahmequelle. Den Gemeinden ist gestattet, bis zu 100 Prozent Zuschläge zu der dem Lande zufließenden Grundsteuer zu erheben. Und das tun die meisten auch. **Dürfen nun Kommunisten überhaupt für eine Grundsteuer stimmen? Unter diesen Umständen ja, nämlich dann, wenn eine Ablehnung für die besitzende Klasse nur ein Geschenk bedeuten würde.**

Es ist bekannt, daß die Agrarier mitsamt Steuerdrückeberger sind, sie haben ihre Steuerberatungsstellen, die ihnen gerne helfen. In dem Dorfe Kittelstal bei Eisenach, dessen Bevölkerung zur Hälfte aus Arbeitern und zur anderen Hälfte aus Bauern besteht, haben unsere Genossen festgestellt, daß die Arbeiter zweimal so viel an Einkommensteuer gezahlt haben, wie die Bauern! Und als letzten Sommer verbilligtes Holz für die Minderbemittelten verteilt wurde, haben zahlreiche der reichsten Bauern den Nachweis erbracht, daß sie minderbemittelt sind. Nun kommt ein zweites hinzu. Die Bauern geben heute kein Ei oder kein Pfund Mehl auch nur einen Groschen billiger ab, wenn wir sie von der Grundsteuer freilassen. Denn sie richten sich doch nach dem Marktpreis, den sie durch ihre Zeitung oder durch ihre Organisation erfahren. Die Organisation bestimmt: Von morgen an kostet die Milch 800 Mark das Liter, gleichgültig, ob die Bauern in Preußen eine höhere und in Thüringen eine niedrigere Grundsteuer haben, gleichgültig, ob die Gemeinde Steuerzuschläge erhebt oder nicht.

In solchen Fällen werden die Bürgerlichen in den Kommunalparlamenten den heftigsten Widerspruch gegen die Einführung einer Grundsteuer erheben, **die Kommunisten aber werden sie bewilligen.**

Es ist jedoch in allen Fällen dringend notwendig, daß unsere Genossen vorher genau prüfen, ob nicht etwa proletar. Schichten betroffen werden. Das Grundsteuergesetz hat ja für die kleinen Wohnungen und für kleinen Grundbesitz eine Reihe Vergünstigungen. Wo diese nicht ausreichen, ist es dem Gemeinderat unbenommen, die Steuer ganz oder teilweise zu erlassen.

2. **Die Gewerbesteuer.** Von ihr gilt dasselbe, wie von der Grundsteuer. Die Gemeinden dürfen auch hier zu den Steuersätzen des Landes 100 Prozent Zuschlag erheben.

Aber dürfen Kommunisten überhaupt einer Gewerbesteuer zustimmen? Es ist selbstverständlich, daß wir keine proletarische Schicht belasten dürfen, also auch unsere kleinen Gewerbetreibenden nicht, die oft ein kümmerliches Dasein als Flickschuster, Schneider, Näherin oder dergleichen führen. Aber ein Zementwerk würde ich ohne Bedenken mit der Gewerbesteuer belasten, weil ja die Zementpreise doch vom großen Syndikat festgesetzt werden, und weil deshalb meine Ablehnung nur ein Geschenk für die faulen Kuponabschneider, die Aktionäre, sein würde.

Ein Beispiel: Die Gemeinde Ruhla, wo die Kommunisten die Mehrheit mit ein paar Usepetern als Schwanz hatten, stand vor einem chronischen Bankerott. Vor dem Ersten eines jeden Monats mußte der Bürgermeister den Bettelgang antreten zu Banken, Kommunen und Land. Auf alle mögliche Weise wurde gepumpt. Aber dies hörte auf, sobald uns niemand etwas borgte. Das Land, d. h. unsere famose „sozialistische Regierung", drohte mit der Zwangsetatisierung. Das war nicht weiter schlimm. Aber die Arbeiter fragten besorgt, was werden solle und wurden nervös. Da haben wir eine Gewerbesteuer mit 200 Prozent Zuschlag gemacht, die Bürgerlichen quiekten, denn wir stellten gleichzeitig einen genau formulierten Antrag, daß wir alle Gewerbetreibenden von der Steuer befreit wissen wollten, deren Einkommen das Einkommen eines gelernten Arbeiters der Metallindustrie nicht um mehr als 50 Prozent übersteigt, und daß wir eine Herabsetzung der Steuer auf die Hälfte für diejenigen sicherstellen wollten, deren Einkommen nur doppelt so groß ist, wie das Durchschnittseinkommen eines ungelernten Metallarbeiters. Wir hätten den Antrag nicht stellen sollen; das war ungeschickt. Denn die Unternehmer denunzierten uns sofort bei der Regierung und verlangten, daß unser schönes Ortsgesetz für ungültig erklärt wurde. Merkwürdigerweise hat das Reichsfinanzministerium unser Ortsgesetz nicht beanstandet, wohl aber — auf die Denunzitation hin — das Landesfinanzministerium. Darum haben wir den Antrag für ungültig erklären lassen. Das Ortsgesetz wurde endgültig genehmigt, und jetzt kann der Gemeinderat in Ruhla, wo wir die Mehrheit haben, doch frei, wie er will, jedem Steuernachlaß gewähren, der es nötig hat. Für die Arbeiterschaft am Orte aber war dieser Vorgang eine glänzende Lehre.

Die russischen Bekleidungsarbeiter an die Arbeiter des Ruhrgebiets

Ihren Genossen, den Arbeitern des Ruhrgebiets, sendet die 4. Tagung der Bekleidungsarbeiter des Gouvernements Moskau ihren wärmsten Gruß und drückt die feste Ueberzeugung aus, daß die Ruhrarbeiter, trotz des Verrates durch die arbeitsgemeinschaftlichen Anhänger der 2. und der Wiener Internationale, sich bald von dem Joche der eigenen und der fremdländischen Bourgeoisie befreien werden, sowie von den Politikern der Arbeitsgemeinschaft, welche der Bourgeoisie helfen, die Arbeiterklasse zu ersticken.

Es leben die Arbeiter des Ruhrgebiets, es lebe die Arbeiterregierung Deutschlands!

Es lebe die Solidarität des Proletariats der ganzen Welt!

Präsidium der Tagung. J. A.: der Sekretär.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit

Bergheim (Mittelrhein), 25. Febr. In dem hiesigen Braunkohlenrevier ist infolge des Stillstandes der Eisenbahnen eine große Zahl Bergarbeiter arbeitslos. Vor einigen Tagen kamen die Arbeiter zusammen und zogen vor das Landratsamt, um ihre Forderungen auf Arbeitslosenunterstützung in voller Lohnhöhe zu erheben. Es gelang ihnen auch, wenigstens die Bezahlung von zwei Dritteln des Lohnes durchzusetzen. 17 Millionen Mark wurden sofort an die Arbeiter ausgezahlt.

Linksrheinische Bergarbeiter für den rheinisch-westfälischen Betriebsräte-Kongreß

In Meerbeck bei Mörs fand am Sonntag eine von über 1000 Bergarbeitern besuchte Versammlung statt, die sich mit der Notlage der Arbeiterschaft und den Forderungen des Wirtschaftsprogramms des 23er Ausschusses befaßte. Nach einem Referat des Genossen Knot über die politische und wirtschaftliche Lage, sprach Genosse Stahl über das Wirtschaftsprogramm des 23er Ausschusses und über die Forderungen der Betriebsräte im Kohlenbergbau und der Hüttenindustrie, die am 24. Januar in Essen beschlossen wurden. Eine Diskussion lehnte die Bergarbeiter ab, weil jetzt keine Zeit zum Reden, sondern zum Handeln sei.

In einer Resolution wurden die Forderungen des 23er Ausschusses einmütig angenommen. Weiter beschlossen die Bergleute, sofort in den Betrieben proletarische Hundertschaften zu bilden und dem Faszistenmob, wenn er nicht anders will, mit Hackenstielen tot zu prügeln.

Plumpe Schiebung

Aus Metallarbeiterkreisen schreibt man über die Wahl im DMV. Düsseldorf:

Was viele Kollegen des DMV. schon lange vermuteten, daß die Amsterdamer Richtungen geheime Abstimmungen dazu benützen, Schiebungen vorzunehmen, hat sich bei der Wahl der Ortsverwaltung als zutreffend erwiesen. Diesmal war die Geschichte aber so plump angelegt, daß es nicht möglich ist, sie zu vertuschen. Bei Oeffnen einer Urne lag ein Paketchen von mindestens 100 Stimmzetteln, lautend auf den Namen Hinker (Amsterdam) fest aufeinander, die Namen von einer Hand geschrieben und alle in gleicher Stellung zum Stempel. In dieser Urne war das Verhältnis ungefähr folgendes: Liste Krämer 365, Liste Erben 367 — Liste Kronshage 245, Liste Hinker 361. Während es sich also bei den beiden Listen der Opposition um einen Unterschied von nur zwei Stimmen handelt, besteht bei den beiden Listen der Amsterdamer der gewaltige und höchst auffällige Unterschied von 121 Stimmzetteln. Auch dem Einfältigsten muß klar sein, daß es sich hier um eine Schiebung handelt. Es können schon einige Abstimmende vergessen, eine der beiden Stimmzettel in die Urne hereinzulegen.

Aber, daß unter den Abstimmenden für eine Urne 121 „Amsterdamer" dicht aneinandersitzen, die sich der Abstimmung für die Wahl der Bevollmächtigten enthalten, das wird man wohl niemand glauben machen wollen.

Das Gesamtresultat ergibt aber, daß noch viel mehr geschoben wurde. Es erhielten im ganzen: Liste Krämer 1353, Liste Erben 1429 — Liste Kronshage 1420 und Liste Hinker 1512. Dem Abstimmungsverhältnis nach müßte Liste Hinker ungefähr so viel Stimmen weniger wie die Liste Kronshage haben, wie Liste Erben Stimmen mehr hat zur Liste Krämer — das sind 76 Stimmen. Folglich hätte Liste Hinker nicht 1512 — sondern 1420 weniger 76, das sind 1344 Stimmen. Es müssen also mindestens 168 Stimmen durch Manipulationen in die Urne gelangt sein. Hierfür ist die Geschäftsleitung verantwortlich zu machen, daß sie es nicht verstand, für Stempelung, Aufbewahrung und Verteilung der Stimmzettel solche Personen zu bestimmen, welche Gewähr dafür bieten, daß alles mit rechten Dingen zugeht.

Ist das vielleicht der „geschickte Kampf", denen nach Brunnes Aeußerung in der Branchenversammlung die „Intelligenz" auf Seiten der Amsterdamer zu führen weiß? Die Kollegen verlangen von der Verwaltung die sofortige Untersuchung und Ausschluß der Schuldigen aus der Organisation. Es ist hier mindestens die Schärfe am Platz, die gegen Kollegen angewendet wird, welche die Forderungen auf hundertprozentige Lohnerhöhung stellen. Die Schiebung wird die Oeffentlichkeit noch beschäftigen.

Till Ulenspiegel und Lamm Goedzak

Legende von ihren heroischen, lustigen
ruhmreichen Abenteuern im Lande Flandern u. andern Orts.
Von Charles de Coster.

Folget mir. Hier sind fertige Käfige und Mausefallen, auch Zeuge und Kupferdraht, um sie auszubessern und neue zu machen. Sie wurden mir von einem meiner Spione gebracht. Das ist für dich, Ulenspiegel. Was dich betrifft, Lamm, so ist hier ein kleiner Backofen und ein Blasebalg; ich werde dir Mehl, Eier und Oel geben, um die Krapfen und Pfannkuchen zu backen."

„Er wird sie auffassen", sprach Ulenspiegel.

„Dann werden wir die ersten machen", fragte Lamm.

Wasteele antwortete:

„Ihr werdet mir eine oder zwei Nächte helfen; ich kann die große Arbeit nicht allein zwingen."

„Ich habe Hunger", sprach Lamm. „Esset man hier?"

„Brot und Käse ist da", sprach Wasteele.

„Ohne Butter"? fragte Lamm.

„Ohne Butter", sagte Wasteele.

„Hast du Bier oder Wein?" fragte Ulenspiegel.

„Das trinke ich nimmer", antwortete er. „Aber ich werde nahe nach dem „Pelikan" gehen und euch etwas holen, so ihr es hebet."

„Ja", sprach Lamm, „und bringe uns Schinken mit."

„Ich werde tun, was ihr begehrt", sagte Wasteele und blickte ihn gar verächtlich an.

Er brachte jedoch dobbel-clauwaert und einen Schinken mit. Lamm aß wohlgemut für fünf.

Und er sagte:

„Dann werden wir uns an die Arbeit machen?"

„Diese Nacht", sagte Wasteele; „aber bleibe in der Schmiede habe keine Furcht vor einem Gesellen; sie sind Reformierte du."

„Das ist gut", sagte Lamm.

In der Nacht, als es Feierabend geläutet hatte und alle Türen geschlossen waren, stieg Wasteele mit Ulenspiegel und Lamm in den Keller hinab und ließ sich von ihnen helfen, große Bündel von Eisen in die Schmiede hinaufzutragen. Dann sagte er:

„Hier sind zwanzig Büchsen auszubessern, dreißig Lanzenspitzen zu schleifen und Blei für fünfzehnhundert Kugeln zu gießen. Ihr müßt mir dabei helfen."

„Mit allen Händen", sprach Ulenspiegel. „Warum habe ich nicht vier, um dir zu helfen?"

„Lamm wird uns unterstützen", sprach Wasteele.

„Ja", sagte Lamm kläglich und fiel fast vor Schläfrigkeit um, aus Ursach seines unmäßigen Trinkens und Essens.

„Du wirst das Blei schmelzen", sprach Ulenspiegel.

„Ich werde das Blei schmelzen", sprach Lamm.

Dieweil Lamm sein Blei schmolz und seine Kugeln goß, warf er grimme Blicke auf den Schmied Wasteele, der ihn zu wachen zwang, wo er vor Schläfrigkeit umfiel. Mit stillem Zorn goß er die Kugeln und hatte großes Verlangen, dem Schmied Wasteele das geschmolzene Blei auf den Kopf zu schütten. Doch er hielt an sich. Um Mitternacht überfielen ihn Wut und übergroße Müdigkeit gleichermaßen und er hielt ihm mit zischender Stimme diese Rede, dieweil der Schmied Wasteele und Ulenspiegel geduldig Flintenläufe, Büchsen und Lanzenspitzen schliffen.

„Siehe", sprach Lamm, „du bist mager, bleich und hinfällig. Du glaubst an die Aufrichtigkeit der Fürsten und Großen der Erde und verachtest voll Uebereifer deinen Leib, deinen edlen Leib, den du in Elend und Niedrigkeit umkommen lässest. Nicht darum hat Gott ihn mit Mutter Natur geschaffen. Weißt du, was unsere Seele, so des Lebens Odem ist, zum Atmen braucht? Bohnen, Rindfleisch, Bier und Wein, Schinken, Würste und Ruhe. Du aber lebst von Brot, Wasser und Nachtwachen."

„Von wannen kommt dir dieser Redefluß?" fragte Ulenspiegel.

„Er weiß nicht, was er redet", antwortete Wasteele traurig. Aber Lamm erboste sich:

„Ich weiß es besser als du. Ich sage, daß wir Narren sind, ich, du und Ulenspiegel desgleichen, weil wir uns die Augen aus dem Kopf arbeiten für all die Fürsten und Großen der Erde; sie würden trefflich lachen, wenn sie sähen, wie wir vor Müdigkeit umkommen und nicht schlafen, um Waffen zu schmieden und Kugeln für ihren Dienst zu gießen. Derweilen trinken sie französischen Wein aus güldenen Humpen und essen deutsche Kapaune von Schüsseln aus engelländischem Zinn. Indessen wir in der Luft nach Gott suchen, durch dessen Gnade sie mächtig sind, fragen sie nicht danach, ob ihre Feinde uns mit ihren Sensen die Beine abschlagen und in die Grube des Todes werfen. Inzwischen aber werden sie, die weder Reformierte noch Calvinisten, weder lutherisch noch katholisch, sondern ganz und gar Skeptiker und Zweifler sind, Fürstentümer kaufen und erobern, das Gut der Mönche, Aebte und Klöster verzehren und alles haben. Jungfrauen, Frauen und Dirnen. Aus ihren güldenen Humpen werden sie auf ihre dauernde Lustigkeit trinken, auf unsere immerwährenden Torheiten, Dummheiten und Eseleien und auf die sieben Todsünden, so sie, oh Schmied Wasteele, vor der mageren Nase deiner Begeisterung begehen. Schau die Felder, die Wiesen, die Ernten, die Obstgärten, die Ochsen, das Gold, das aus der Erde kommt; schau die Tiere des Waldes, die Vögel des Himmels, die köstlichen Fettammern, die feinen Krammetsvögel, den Wildschweinskopf, die Rehkeule: ihnen gehört alles, Waldwerk und Fischfang, Erde, Meer, alles. Und du lebst von Brot und Wasser, und wir richten uns hier für sie zu Grunde, ohne zu schlafen, ohne zu essen und zu trinken. Und wenn wir gestorben sind, werden sie unserm Aas einen Fußtritt geben und zu unsern Müttern sprechen: „Macht andere, diese sind nichts mehr nutz."

Ulenspiegel lachte, ohne ein Wort zu sagen, Lamm prustete vor Entrüstung, aber Wasteele sagte mit sanfter Stimme:

„Du redest leichtfertig. Ich lebe mit nichten für Schinken, Bier, noch Fettammern, sondern für den Sieg des freien Gewissens. Der Freiheitsprinz tut gleich wie ich. Er opfert sein Hab und Gut, seine Ruhe und sein Glück, um die Henker und Tyrannen aus den Niederlanden zu treiben. Tu wie er und versuche mager zu werden. Nicht durch den Bauch rettet man die Völker, sondern durch stolzen Mut und durch Beschwerden bis an den Tod, die man ohne Murren erträgt. Und jetzo geh und leg dich schlafen, wenn dich schläfert."

Doch Lamm wollte nicht, denn er schämte sich.

Und sie schliffen Waffen und gossen Kugeln bis an den Morgen. Und also während dreier Tage.

Dann brachen sie in der Nacht nach Gent auf und verkauften Käfig, Mausefallen und Pfannkuchen.

Und sie rasteten in Meulestee, dem Städtlein der Mühlen, dessen rote Dächer man allerorten erblickt. Dort kamen sie überein, ihr Gewerbe getrennt auszuüben und sich am Abend vor der Feierstunde in der Herberge „Zum Schwanen" zu treffen.

Lamm streifte durch die Gassen von Gent, verkaufte seine Pfannkuchen und fand Geschmack an diesem Gewerbe. Er suchte sein Weib, leerte gar viele Schoppen und aß ohn Unterlaß.

Ulenspiegel hatte Briefe des Prinzen an Jakob Scoelap, Doktor der Medizin, und Lieven Smet, einen Tuchschneider, Jan de Wulfschlaeger, Gillis Coorne, einen Rotfärber, und Jan de Roose, einen Ziegelbrenner überbracht. Diese gaben ihm das Geld, so sie für den Prinzen gesammelt hatten, und hießen ihn noch etliche Tage in Gent und Umgegend verweilen; denn man würde ihnen noch mehr geben.

Sie wurden später am Neuen Galgen wegen Ketzerei gehenkt und ihre Leichname wurden auf dem Galgenfelde vor dem Brügger Tor begraben.

(Fortsetzung folgt.)

Dortmund-Hörde

Gedenktage:
27. Februar: 1921: Generalstreik in Polen.

Der Dollar

ist um mehr als 50 Prozent gesunken, die Preise steigen jedoch trotzdem rasend weiter. Der Wucher wird am tollsten von den Papierkönigen betrieben. Die kommunistische Presse ist gegen den Papierwucher wehrlos. Sie ist allein angewiesen auf den Opfermut der Parteigenossen und die Einsicht in die Notwendigkeit des schärfsten proletarischen Massenkampfes aller Abonnenten. Um unseren Lesern Aufklärung zu geben über den Wahnsinn des Papierwuchers, nennen wir einige Zahlen:

Der Preis für Zeitungspapier, der gewöhnlich an jedem Monatsende für den folgenden Monat auf Grund einer Verhandlung im Reichswirtschaftsministerium festgesetzt wird, betrug zum 1. Januar 1923 560 M pro Kilo, in der zweiten Hälfte des Januar bereits 595 M. Er sprang am 1. Februar, zu einer Zeit, wo die Dollarkurse bereits ihre Scheitelhöhe überschritten hatten, auf 1170 M pro Kilo und wurde vom 15. Februar ab im Hinblick auf die Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachten auf 1440 M pro Kilo erhöht. In einer Zeit also, wo der Dollar bereits erheblich weiter gesunken war, stieg der Papierpreis für die zweite Hälfte des Februar um weit mehr als 100 v. H., gegenüber dem Stande vom 31. Januar. Dieses Hinaufschnellen der Papierpreise vollzog sich mit einer Spanne von 14 Tagen! Da die Zeitungsverleger die Bezugsbedingungen für bestimmte Fristen im voraus festsetzen müssen, sind sie naturgemäß nicht in der Lage, die Zeitungspreise der jeweiligen Verteuerung des Rohstoffes sofort anzupassen, wie es alle Unternehmer sonst handhaben.

In diesen Tagen finden erneute Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium statt, unter Teilnahme von Vertretern der Zeitungsverlegerschaft, der Papierfabrikanten und den Zellstofferzeuger. Hier soll der Papierpreis erneut wahnsinnig heraufgeschraubt werden. Der „Vorwärts" kündigt bereits einen Abonnementspreis von 5800 Mark an.

Auch die „WAZ." wird den Bezugspreis für März erhöhen müssen. Wir weisen jedoch bereits jetzt darauf hin, daß das kommunistische Organ nach wie vor das billigste Blatt Dortmunds bleiben wird, und daß sogar die Preisdifferenz zwischen „WAZ." und den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen noch größer werden wird. Die „WAZ." wird also im März erheblich billiger sein, als alle anderen Zeitungen.

Das ist natürlich nur durch ganz besondere Anstrengungen möglich gewesen. Wir hoffen, daß diese unsere Maßnahmen es den Massen ermöglichen wird, unserer Zeitung wie bisher die Treue zu halten. Kein Abonnent darf verloren gehen! Große Mengen neuer Leser müssen hinzukommen! Jeder Kommunist benutze die letzten Tage zu intensiver Agitation!

Wieder einmal die Schupo!

Das Verhalten der Dortmunder Polizeibeamten gegenüber der Arbeiterschaft wird immer provokatorischer. Man ist sogar jetzt soweit gekommen, den Kommunisten die Agitation zu verbieten. Das es sich um ganz planmäßige Polizeimethoden handelt, haben wir an Hand vieler Ereignisse schon feststellen müssen. Ebenso liegt kein Zweifel mehr vor, daß die Schupo genau so planmäßig, wie sie die Kommunisten bekämpft, den nationalen Rummel und die Plakatkleber des faszistischen Pöbels unterstützt.

Am Sonntagabend, 7,30 Uhr, waren einige Jugendgenossen mit dem Verbreiten von Flugblättern am Gewerkschaftshaus beschäftigt, als unsere Ordnungshüter erschienen und zwei Genossen kurzerhand verhafteten. Diese wurden zur Wache geschleppt. Auf telephonischen Anruf ordnete ein Polizeioffizier die Ueberführung der beiden Verbrecher nach der Hauptwache an der Olpe an. Man wollte zunächst sogar Fesseln anlegen. Ein Geschäftsmann, namens Levy, Münster Straße, schien sich dadurch besonders beliebt machen zu wollen, daß er eifrig „mithalf". Die Arbeiterschaft Dortmunds wird sich dieses Burschen beim Einkauf von Waren besonders zu erinnern wissen. Die Genossen wurden die Nacht festgehalten; andere Genossen der Parteileitung konnten eine Freilassung in dieser Nacht nicht mehr erwirken. Am Sonntag, gegen 11,30 Uhr, wurden unsere Jugendgenossen von Kriminalbeamten verhört. Diese waren höchst erstaunt, daß man die Genossen verhaftet hatte, weil sie die Flugblätter: „Gegen den deutschen Kapitalismus, gegen die französischen Bajonette!" verbreitet hatten. Die Beamten erklärten es selbst, für unzulässig, daß die Schupo so ihre Tätigkeit auffaßt. Die Jugendgenossen wurden dann auch freigelassen.

Wir müssen sagen, daß die Schupo in Dortmund alles andere tut, nur nicht das, wozu sie da ist. Wir glauben auch nicht mehr, daß es besser wird, wenn wir die Polizeibehörde auf diese skandalösen „Mißgriffe" ihrer ausführenden Organe aufmerksam machen. Wir verlangen jedoch Auskunft, ob die Leitung der Schupo mit diesen Vorgängen einverstanden ist, und zwar schnellste Auskunft. Darnach werden wir unsere Maßnahmen zu treffen wissen.

Kleine städtische Notizen

Für die Notleidenden der Stadt Dortmund wurden beim Wohlfahrtsamt der Stadt Dortmund eingezahlt: von der Westf. Häcksel-Industrie Fa. Gebrüder Gottschalk, Inselstraße 14: 50 000 Mark; von dem Stammtisch des Gildenhauses: 11 000 Mark; vom Kommando der Schutzpolizei, hier: 416 000 Mark; von der Volkshochschule: 750 Mark; von den Beamten und Angestellten des Bauamtes der Emschergenossenschaft: 68 800 Mark; von Frau Professor Droste: 1000 Mark; von den Beamten der Schutzpolizei: 80 000 Mark; von Herrn E. Flörsheim, hier: 50 000 Mark. In der Gemeinde Schalksmühle wurden für die Notleidenden der Stadtgemeinde Dortmund folgende Liebesgaben gesammelt: 1460 Kg. Kartoffeln; 250 Kg. Roggen; 33 Kg. Hafer; 50 Kg. Erbsen; 80 Kg. Bohnen; 8 Kg. Reis; 16,5 Kg. Speisefett; 1,8 Kg. Kaffee-Ersatz; 9 Kg. Haferflocken; 1,5 Kg. Zucker; 20 Kg. Margarine; 0,5 Kg. Wurst; 2 Kg. Speck; 18 Stück Brote. Diese Liebesgaben wurden von 5 Bürgern der Gemeinde Schalksmühle nach hier begleitet und dann dem Wohlfahrtsamte überwiesen.

Wenn nur jemand etwas von diesen Liebesgaben zu sehen bekäme!

Umsatzsteuer. Es hat sich herausgestellt, daß immer noch eine größere Anzahl von Steuerpflichtigen mit den Vorauszahlungen des letzten Kalendervierteljahres 1922 im Rückstande ist; eine Reihe von Steuerpflichtigen hat überhaupt noch keine Vorauszahlungen geleistet. Es wird daran erinnert, daß säumige Zahlungspflichtige Verzugszinsen und einen Zuschlag von 10 Prozent zu gewärtigen haben. Auch können empfindliche Geldstrafen festgesetzt werden.

Sie können festgesetzt werden, aber ob sie es werden?

Im Schriftverkehr mit Behörden, insbesondere mit der hiesigen Stadtverwaltung mit ihren zahlreichen Dienststellen, ist es dringend geboten, daß in den Zuschriften, insbesondere Antwortschreiben usw. stets das Geschäftszeichen der Dienststelle und nach Möglichkeit die abgekürzte Inhaltsangabe vermerkt wird. Das Geschäftszeichen und die Inhaltsangabe werden zweckmäßig dem eigentlichen Schreiben vorangesetzt. Nur bei Beachtung dieses Grundsatzes ist eine unverzögerte Weiterleitung der Zuschrift an die zuständige Dienststelle und damit eine rechtzeitige Erledigung gewährleistet.

Klassenbewußt oder „deutsch"?

Ein Bericht aus Witten in Nr. 40 verurteilt die nationalistische Einstellung einer Belegschaftsversammlung der Zeche Holland. Den Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes jedoch erreicht die Verurteilung bei weitem nicht, wenn sie der von nationalistischer Seite gegebenen Charakteristik einer Handlungsweise als „undeutsch" bis zu einem gewissen Grade die Bedeutung eines nachteiligen Merkmals beimißt. Es kommt nicht darauf an, ob die 58 Bergarbeiter, als sie sich in einer tatsächlichen Notlage hilfesuchend und klagend an die französische Kommandantur wandten, undeutsch gehandelt haben, sondern darauf, ob sie dabei die Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes verletzt haben.

Betrachtet vom rein menschlichen Standpunkt ist ihnen ihr Verhalten in keiner Weise nachträglich. Es gehört schon ein rein patriotischer Standpunkt dazu, dieses Verhalten als einen Fehler auszulegen. Dieser falsche Standpunkt ist auch dann noch gegeben, wenn eine solche Auslegung in die mildeste Form gekleidet erscheint. „Deutsch sein" heißt, die Erhaltung und Verteidigung dessen, was in Erfüllung seiner ihm historisch überkommenen Mission das klassenbewußte Proletariat zerstören und endgültig niederringen will.

Die Beherrschung des Staates durch den Kapitalismus, seine Darstellung als die Macht desselben zur Knechtung des Proletariats, verleiht dem Wort „deutsch" den kapitalistischen Sinn, wodurch es im Gegensatz zum proletarischen Klassenbewußtsein steht. Ihrem Wesen nach schließen sich beide aus. Haben die 53 Bergarbeiter undeutsch gehandelt, so können sie füglich nicht untreu zu ihrer Klasse gewesen sein und somit keinen Fehler gemacht haben. Nicht als Deutscher, sondern als ein guter Klassenkämpfer hat sich in allen Lagen der klassenbewußte Proletarier zu erweisen.

Ickern. Ein nobler Arbeitgeber ist heute keine Seltenheit und so gibt es auch in Ickern solche. Ist da zum Beispiel das Geschäft Mayer in der Dorfstraße. Die Waren dieses Kaufhauses passen sich mit erstaunlicher Pünktlichkeit dem Dollarstand an, natürlich nur, wenn der Dollar nach „oben" geht. Bei der Bezahlung der Angestellten allerdings spielt der Dollar gar keine Rolle. Das Kaufhaus zahlt bei jedem Dollarstand Bombengehälter. Im Januar bekamen z. B. Angestellte ein Ministergehalt von 3000 bis 6000 Mark! Die Zahlen sind zwar etwas unglaubliches, es wird uns jedoch als Tatsache zuverlässig berichtet. — Es wird gut sein, wenn unsere Genossen hier einmal nach dem Rechten sehen. Wir können der Arbeiterschaft nur empfehlen, bei solchen Geschäftsleuten ihre Waren zu kaufen, die ihr Personal anständig bezahlen.

Lünen-Süd. Die Polizei hat neue Arbeit gefunden. Sie führt So nahm am Dienstagmorgen gegen ½12 Uhr der Polizeiassistent Rothstein in Gahmen seine Tätigkeit auf besagtem Gebiete auf. Einige junge Leute warfen sich gegenseitig mit Schneebällen. Dies bemerkte Herr Rothstein; er lief hinzu und schlug mit seinem Krückstock (R. war in Zivil) einem der Leute kräftig eins über den Kopf. Ein Arbeiter sprang herbei und stellte den Beamten zur Rede. Dieser behauptete, er hätte beinahe (!) etwas von der Schneeballerei mitbekommen. Die jungen Leute stritten das ganz entschieden ab. Der Beamte stieß außerdem noch Drohungen aus, wie „man müßte Euch niederschießen" und „mit Euch Kommu-

Genossin! Genosse!

Wenn Du diese Zeitung gelesen hast, wirf sie nicht weg, benutze sie auch nicht als Butterbrotpapier, sondern gib sie Deinem Arbeitskollegen oder der Nachbarsfrau! Die „WAZ" darf für Dich nur Agitationsmaterial sein! Wenn Du nicht nur dem Namen nach klassenbewußt sein willst, so mußt Du Dein Blatt weitergeben!

Werbe neue Abonnenten!

nisten werden wir schon fertig". — Es ist doch komisch, daß die Polizeibeamten sich immer wieder derartige Zicken leisten müssen; allerdings nur Arbeitern gegenüber! Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit dem Herrn Rothstein gute Besserung empfehlen, wenngleich uns der Fall hoffnungslos zu sein scheint.

Lünen. Buntes Allerlei! Man schreibt uns: Am Sonntag, dem 11. Januar d. J., nachmittags, gab es in Lünen allerhand. In der Wirtschaft Plawer hierselbst verkehren sehr viele noble Herren, Lünens bekantesten Schieber und Wucherer. Herr H.... und Sch... und noch zwei Herren, die allerdings nicht mit Namen, wohl aber in der Person bekannt sind, spielten dort ihr verbotenes Kartenspiel. Wie dort mit den Papierlappen (Geld) umgegangen wurde, kann sich derjenige nur vorstellen, der sieht, wie so ein Prolete sich die ganze Woche abschindet und abhatzt und als Lohn höchstens 25 000 Mark erhält; dort aber konnte man sehen, wie die 50 000-Mark-Noten bei den Herren Schiebern keinen Wert hatten, denn mit den Scheinen wurde nur so herumgeworfen. Wo bleibt denn hier die Polizei, die nach dem Rechten sehen sollte? Wenn ein Prolet im Kino eine Zigarette raucht, so ist er auch schon dem mächtigen Auge der Ordnungshüter zum Opfer gefallen! Wo blieb aber die Polizei in der Wirtschaft Plawer? Dort hätten die Ordnungshüter sicher einen fetten ansehnlichen Fang gemacht, und wir können den Hütern der Demokratie nur empfehlen, da ein wachsames Auge zu haben, denn dort ist ein reiches Arbeitsfeld!

Am Montag, dem 12., erlebte Lünen einen ganz aufgeregten Tag, der Herr Becker, 1. Bürgermeister von Lünen, sowie der Polizei-Inspektor Hagemeyer — letzterer ein großer Freund der Kommunisten — wurden von der Besatzungsbehörde verhaftet und jenseits der Lippe befördert. Prompt nach der Verhaftung wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um einen Proteststreik hervorzurufen. Sofort trat die Alarmsirene in Tätigkeit, und die Lünener Spießer weinten den Herren große Krokodilstränen nach. Die Geschäfte hatten geschlossen, auch die Wirtschaften, sogar einige Betriebe (Fabriken) lagen still; nur fehlte noch die Belegschaft der Zeche Viktoria; auch dort suchte man für den Streik Propaganda zu machen. Der Ausschuß der Stadt Lünen, dem auch die freien Gewerkschaften angehören, hatte sich auch für den Streik erklärt, und so gab es kein Wunder, daß einige Betriebe streikten, denn die dummen Proleten werden nicht alle. Um aber nochmals so einen aufgeregten Tag zu verhüten, wenn Lünens Spießbürger verhaftet werden sollen, haben die Franzosen selbst vorgesorgt. Sie haben die Sirene unbrauchbar gemacht. Nun, ihr Proleten, merkt es euch und laßt euch nicht von den Spießern provozieren, denn würde einer von euch ausgewiesen, so hätte man den großen Tamtam eurethalben ganz unterlassen und ihr wäret dem Schicksal preisgegeben. Dieser Tage konnte man in der Lünener Zeitung eine Anzeige lesen, die folgendermaßen lautete: **„Wir warnen die Mädchen von Lünen-Nord, besonders von der Borker Straße, den Verkehr mit Ausländern zu meiden, andernfalls wir unnachsichtlich vorgehen. Der Scherenklub."** Wir wünschen, daß der Scherenklub sich nicht zuviel in die Oeffentlichkeit wagt, da er vielleicht unliebsame Bekanntschaft mit der Arbeiterschaft machen würde! Also, zurück ihr Halunken in eure Mauselöcher, in die ihr 1918 gekrochen seid, sonst gibt es noch ein Haarsausen! Der Antischerenklub.

Hörde. Diejenigen, welche gesehen haben, wie am 1. Februar, abends 11 Uhr, an der Hermannstraße ein Arbeiter von der Sipo verhaftet wurde, werden gebeten, ihre Adresse in der Geschäftsstelle abzugeben.

Bochum

Blutdürstige Pinkertons

Schon einmal haben wir uns mit den Zuständen auf der Rombacher Hütte, Abtl. Westf. Stahlwerke Bochum Weitmar, inbezug auf das System innerhalb der Werkswache beschäftigen müssen. Unsere, seiner Zeit an die Arbeiterschaft gerichtete Aufforderung, die unsauberen Elemente aus der Pinkertongarde zu entfernen, endete damit, daß zum größten Teil diejenigen heraus mußten, die noch auf Seiten der Arbeiter standen. Zum Leidwesen der Faszisten sind aber auch unter denen, die neu eingestellt wurden, auch anständige Menschen. Diese müssen nun selbstverständlich all den Schikanen gedrückt werden. Wer nicht genug Prügeln bringt, oder noch nicht prim ist im Angeben der eigenen Kollegen oder noch kein Lied wegen Arbeiterverprügelung gesungen hat, ist nicht zu gebrauchen. Wehe dem, der nicht stramm schriftsmäßig, militärisch grüßt, ein „Verbrechen" nach dem andern kommt ins schwarze Buch. Die Wächter haben „Befehl", wenn sie während des Dienstes ein hohes Tier sehen militärisch schauf diesen zuzugehen, stramme Haltung anzunehmen und zu melden: „Wächter Katzmarek! Auf Wache nichts neues!"

Für kleine Vergehen gibt es Strafen, wie Verweis (echt militärisch), Strafdienst, z. B. 7 Wochen lang Nachtschicht mit den schärfsten Instruktionen oder aber Entlassung aus dem militärischen Dienst. Daß einzelne Wächter mit diesem System nicht einverstanden sind, beweist die immer größer werdende Unzufriedenheit, die sich besonders gegen die im eigenen Lager befindlichen Pinkertons richtet, die sich in Blutigschlagen der Arbeiter den Rang abjagen wollen. Einer von denen, die bei jeder Gelegenheit den „Krückmann" von 1½ Zoll Dicke ahnungslosen Arbeitern schmecken lassen, ist der Wächter Schuh. Seine eigenen Kollegen sind seiner ihm nicht sicher.

Ein anderer dieser Sorte ist der Wächter Thien, der vor einigen Tagen einen jungen Kollegen, der versehentlich ein verbotenes Tor passierte, mit Stock- und Faustthieben und mit Fußtritten begrüßte. Von einem zufällig des Weges kommenden Vorarbeiter aufgefordert, dieses brutale Vorgehen zu unterlassen, bedrohte er diesen durch Worte, begleitet von Bewegungen nach seinem Revolver. Der Betriebsrat, von diesem Fall in Kenntnis gesetzt, verlangte Bestrafung des Wächters. Da zeigte sich dann das richtige Gesicht des „Einheitsfront-Unternehmertums", anstelle des Wächters wurde der Vorarbeiter wegen Beleidigung eines Wächters bestraft. Zuerst enthob man ihn seiner Stellung mit der Begründung: ein Vorgesetzter dürfe so etwas nicht machen — also einem Arbeiter nicht beistehen. Als diese Maßregel auf Betreiben des Betriebsrates zurückgenommen wurde, bestrafte man den Mann wegen allzu großer Arbeiterfreundlichkeit mit einem halben Schichtdienst ohne Zustimmung des Betriebsrates. Das letzte Wort in dieser Sache ist noch nicht gesprochen. Bemerkt muß noch werden, daß sich dieser Vorfall auf der Straße, also nicht auf dem Werk, abgespielt hat und der betr. Vorarbeiter gar nicht auf Schicht war.

Der schlimmste und mordbursigste unter diesen Gesellen ist aber der Oberwächter Karl Awiszus, seines Zeichens stramm Baltikumer und Orgeschmann. Die ihm unterstellten Wächter führen, mit Ausnahme einzelner, die seiner Nationalität angehören, ein wahres Kasernenhofleben. Stramm gestanden, Befehle empfangen, hier hin — dort hin, und der „Herr" Oberwächter fühlt sich in seinem Element. Wächter, die nicht dreinhauen können, werden von ihm in der gemeinsten Weise schikaniert. Wie sehr diesem Menschen nach Arbeiterblut dürstet, beweist folgender Vorfall:

Am 13. Februar, abends 5,30 Uhr, wurde der Arbeiter Wawrziniak auf dem Wege von der Arbeit nach Hause auf einem angeblich verbotenen Wege von dem Wächter Domnik durch einen Bauchschuß schwer verletzt, so daß demselben einige Därme genäht werden mußten. Heute noch liegt W. schwer darnieder.

Der Baltikumer Awiszus ging darauf auf den Schießhelden los und gratulierte, man verstehe richtig, gratulierte ihm und sagte: „Ich freue mich, daß endlich mal wieder ein Wächter ist, der einen angeschossen hat. Noch lieber aber wäre es mir gewesen, wenn du dem Kerl in den Bauch geschossen hättest, daß ihm die Gedärme herausgeflogen wären!" Pfui!

Arbeiter, habt ihr noch Worte für solch einen schuftigen Faszistenhund? Wie lange wollt ihr solche Mordgesellen noch unter Euch dulden? Wollt ihr euch noch länger der Gefahr aussetzen, jederzeit von den Kugeln oder Schlägen dieser Faszisten niedergestreckt zu werden? Bildet zur Abwehr aller faszistischen Angriffe den Selbstschutz, schließt euch zusammen in proletarischen Hundertschaften. Verlangt sofort in Belegschaftsversammlungen die Entfernung aller arbeiterfeindlichen Elemente aus der Werkswache. Arbeiter der Rombacher Hütte, seid auf dem Posten!

KPD-Versammlungen, Unter-Bezirk Dortmund, Bochum, Hamm und Bielefeld.
Versammlungsanzeigen 1 Tag vor Erscheinen erforderlich.

Dortmund.

Referenten und Diskussionsredner. Mittwoch, den 28. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal Schulte, Dortmund, Heroldstraße, wichtige Sitzung. Alle in Betracht kommenden Genossinnen und Genossen müssen unbedingt erscheinen. Säumige Mitglieder werden zur Verantwortung gezogen.
Unterbezirk Dortmund, Referenten.. Mittwoch, den 28. Februar, abends 7 Uhr, im Lokale Schulte, Heroldstraße 20, wichtige Sitzung.
Dortmund. Metallarbeiter. Donnerstag, den 1. März, abends 6 Uhr, im Lokale Schulte, Heroldstraße, wichtige Sitzung.
Hörde. Donnerstag, den 1. März, abends 7 Uhr, im Lokale Ludwig, Sitzung.
Union der Hand- und Kopfarbeiter, Industriegruppe Metall, Ortsgruppe Dortmund. Dienstag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, auf dem Lokal Alsenstraße 60, Sitzung. Sämtliche Vorstandsmitglieder, die Untersuchungskommission und die Unterstützungskommission müssen erscheinen.

Schuhhaus Schö
Größtes Schuhhaus des Nordens
Das Einkaufshaus für Arbeiter
Beste Qualitäten / Preiswert / Freundliche Bedienung
Dortmund, Münster-Straße 4

Bochum.

Am Mittwoch, dem 28. Februar, abends 6 Uhr, findet auf dem Parteibüro eine Unterbezirksleitungssitzung statt. Sehr wichtige Tagesordnung!
Am Mittwoch, dem 28. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet bei Cramer, Bessemer Straße, eine Fraktionsversammlung des Bochumer Vereins statt.
Distrikt Bochum. Mittwoch, den 28. Februar, abends 6 Uhr, auf dem Parteibüro, Distriktsversammlung.
Distrikt Langendreer. Mittwoch, den 28. Februar, abends 7 Uhr, in Langendreer, in der Friedrichschule, Distriktsversammlung.
Distrikt Linden. Freitag, den 2. März, abends 7 Uhr, in Linden, in der westlichen Schule, Distriktsversammlung.
Ortsgruppe Bochum. Donnerstag abend um 7 Uhr bei Cramer, Bessemer Straße.
Ortsgruppe Hamme. Jeden Dienstag u. Freitag bei Steeden, Hofstedter Straße.
Ortsgruppe Linden. Dienstags und Freitags abends 8 Uhr und Sonntags nachmittags um 5 Uhr in der westlichen Schule.
Ortsgruppe Werne. Montags u. Donnerstag abends 7 Uhr in der Knabenschule.
Ortsgruppe Herne. Mittwochs abends 7 Uhr bei Schmock.
Ortsgruppe Baer. Freitags abends 7 Uhr beim Genossen Wagner.
Ortsgruppe Gerthe. Mittwochs abends 7 Uhr bei Schuhmacher, Landwehr.
Ortsgruppe Witten. Dienstags abends 7 Uhr und Sonntags nachmittags 3 Uhr bei Schott, Ruhrstraße.
Ortsgruppe Langendreer. Mittwochs und Freitags abends 7 Uhr in der Friedrichschule.
Von allen Parteigenossen erwarten wir, daß sie ihre schulentlassene Jugend in unsere Veranstaltungen schickt.
Wochenplan der Komm. Jugend, Unterbezirk Bochum. Sonntag, den 4. März, morgens 10 Uhr, findet in Bochum, auf dem Jugendbüro, eine Sitzung des Unterbezirksausschusses statt. Alle Ortsgruppen und Distrikte haben zu erscheinen. Die Berichtbogen sind mitzubringen.
Komm. Kindergruppe, Ortsgruppe Bochum. Am Dienstag, dem 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, trifft sich die Kindergruppe auf dem Jugendbüro, Alleestraße 84.
Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Bochum. Heute, Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale Dreffart, Gudrunstraße 11, eine Mitgliederversammlung statt. Referent: Beitzwanger.

Bielefeld.

Arbeitsgebiet Bielefeld. Die Zusammenkunft der Referenten und Diskussionsredner am Montagabend fällt aus, weil alle Genossen in die öffentliche Volksversammlung des Volksparteilers Stresemann gehen.
Arbeitsgebiet Bielefeld. Nochmals erinnern wir an die Funktionärkonferenz in der Zentralhalle. Es darf niemand die Sitzung versäumen.
Kindergruppe Bielefeld. Jeden Mittwoch nachmittag 2 Uhr in der Eisenbahn-Jugendheim, Zusammenkunft. Wir machen die Kinder darauf aufmerksam, daß die Versammlungen jetzt um 2 Uhr anfangen. Möglichst pünktlich erscheinen.
Unterbezirksleitung. Die Sitzung der Unterbezirksleitung fällt am Mittwoch, dem 28. Februar, aus.